

Lokale Klimapolitik: Policy Paper zeigt, was Städte von Potsdam, Remscheid und Würzburg lernen können

Kommunen fehlen oft die Ressourcen, um eine effektive Klimapolitik zu betreiben. Dabei ist der Handlungsdruck hoch: Gerade Stadtkommunen sind stark von der Klimaerwärmung betroffen, zugleich verursachen Städte einen Großteil der Treibhausgasemissionen. In einem neuen Policy Paper stellen Forschende des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) drei erprobte Handlungsmodelle vor, die gut in die kommunale Praxis integrierbar sind: den kommunalen Klimarat (erprobt in Potsdam), den Klima-Check in der Bauleitplanung (Remscheid) und die Einrichtung einer Klima-Stabstelle (Würzburg).

Städte verursachen weltweit einen Großteil der Treibhausgasemissionen, insbesondere durch Industrie, Bautätigkeit und Verkehr und sind damit ein maßgeblicher Treiber des Klimawandels. Gleichzeitig sind sie durch ihre Lage und baulichen Strukturen oft besonders vom Klimawandel betroffen: Hitzewellen, Starkregen und Stürme richten in Städten zunehmend schwere Schäden an und gefährden die Gesundheit der Stadtbevölkerung bis hin zu Todesfällen.

Klimaschutz und Klimaanpassung sind in Deutschland bisher keine kommunalen Pflichtaufgaben. Die Dringlichkeit der Lage erfordert daher, dass Kommunen selbst aktiv werden. Ihnen bleibt nur noch wenig Zeit, eigene Lösungsansätze zum Umgang mit dem Klimawandel zu entwickeln und zu testen. „Hierfür fehlen Kommunen jedoch oft die personellen und finanziellen Ressourcen“, sagt der Stadtforscher Wolfgang Haupt von der Forschungsgruppe Urbane Nachhaltigkeitstransformationen des IRS.

Vor diesem Hintergrund empfehlen die Autor*innen in ihrem neuen Policy Paper „Handlungsempfehlungen für eine bessere Klimakoordination in Kommunen“ den Fokus stärker auf den Transfer von bereits erprobten Maßnahmen aus anderen Städten zu legen. Ihre Handlungsempfehlungen richten sich an politische Verantwortliche in Kommunen und an Mitarbeitende von Stadtverwaltungen, die für die Koordination der Klimapolitik (Klimaschutz und/oder Klimaanpassung) innerhalb ihrer Stadt verantwortlich sind.

Kern ihrer Handlungsempfehlungen sind drei erfolgreich erprobte Maßnahmen, die auf institutionelle Veränderungen innerhalb einer Stadtverwaltung abzielen. Konkret geht es um die Einrichtung eines Klimarats (Potsdam), die Einführung eines Klima-Checks in der Bauleitplanung (Remscheid) und die Einrichtung einer Klima-Stabstelle (Würzburg). Diese Maßnahmen weisen ein hohes Transferpotenzial auf, da für deren Umsetzung keine besonderen Voraussetzungen innerhalb der Stadt nötig sind. Das Paper gibt knapp und übersichtlich Auskunft über die zentralen Erfolgsfaktoren der drei Maßnahmen.

Das Policy Paper wurde in der IRS-eigenen Reihe IRS Dialog veröffentlicht. Es wurde im Rahmen des Projekts „Urbane Resilienz gegenüber extremen

Pressestelle:

Dr. Felix Claus Müller

03362/793-159

felix.mueller@leibniz-irs.de

Fachlicher Kontakt:



Dr. Wolfgang Haupt

03362 793 187

wolfgang.haupt[at]leibniz-irs.de

Weitere Informationen:

[Policy Paper: Handlungsempfehlungen für eine bessere Klimakoordination in Kommunen](#)

Wetterereignissen – Typologien und Transfer von Anpassungsstrategien in kleinen Großstädten und Mittelstädten“, kurz „ExTrass“ erarbeitet. ExTrass wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Die Handlungsempfehlungen wurden in Zusammenarbeit mit den ExTrass-Projektstädten Potsdam, Remscheid und Würzburg entwickelt.